



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Bern-hard Roos, Kathi Petersen** und Fraktion (SPD)

Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifver-handlungen – gegen Lohndumping!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erklärt sich unter Wahrung der Tarifauto-nomie solidarisch mit den Forderungen der Postbe-schäftigten.

Zudem fordert er den Freistaat Bayern als einen der Anteilseigner der Deutschen Post AG auf, sich dafür einzusetzen, dass der derzeitige Tarifkonflikt zwi-schen der Deutschen Post AG und der Gewerkschaft ver.di fair verläuft, sowie sich keinesfalls auf eine Ausgliederung der Arbeit von Postbeschäftigten in Regionalgesellschaften einzulassen, da diese im Er-gebnis zu erheblichen Lohneinbußen führen kann.

Begründung:

Seit dem 8. Juni befinden sich Briefträger und Postbo-ten der Deutschen Post AG im unbefristeten Streik. Eine schnelle Einigung im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Post AG und der Gewerkschaft ver.di scheint nicht in Sicht. Dennoch stoßen die Forderun-gen der Streikenden auf großes Verständnis in der Bevölkerung.

Trotz hoher Gewinne und Renditen verlagert die Deutsche Post AG die Arbeit der Paketzusteller in 49 Regionalgesellschaften mit dem Ziel, Lohnkosten zu senken. Die Beschäftigten der Deutschen Post AG befürchten daher eine Unternehmensstrategie des zunehmenden Lohndumpings. Weitere Gruppen könnten künftig in den Niedriglohnbereich und in den Sozialleistungsbezug abgedrängt werden.

Die Gewerkschaft ver.di verlangt hingegen eine Rück-führung aller Beschäftigten in den Haustarifvertrag der Deutschen Post AG, insbesondere aber eine Auf-rechterhaltung des Kündigungsschutzes sowie einen Verzicht auf weitere Fremdvergaben. Im Gegenzug hat ver.di sehr moderate Forderungen für die Gehalts-runde gestellt und sich bereit erklärt, Zugeständnisse in Form langsamerer Aufstiege in die nächsthöheren Gehaltsstufen hinzunehmen.

Die Deutsche Post AG hat hingegen bislang noch nicht erkennen lassen, dass sie auf faire Verhandlun-gen mit Aussicht auf einen für beide Seiten tragfähi-gen Kompromiss bedacht ist. Vielmehr schüchtert sie insbesondere Beschäftigte mit befristeten Arbeitsver-trägen zunehmend ein und fordert sie auf, zur Arbeit zu erscheinen. Diese Methoden widersprechen ein-deutig den Grundsätzen einer fairen Tarifauseinan-dersetzung.

Da der Freistaat Bayern einen Anteil von 2,82 Prozent an der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hält, die wiederum mit 21 Prozent an der Post AG beteiligt ist, steht die Staatsregierung in der Pflicht, sich nach-drücklich für faire Tarifverhandlungen einzusetzen. Denn unternehmerische Strategien, die auf Ein-schüchterung, Lohndumping und unsicheren Arbeits-verhältnissen basieren, erscheinen in einem Unter-nehmen, an dem Bund und Länder beteiligt sind, völ-lig unangebracht.